

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: **U. Bringmann**, Hamburg.
Redaktion, Verlag und Expedition:
Hamburg-Barmbeck, Fehlfertstraße 28, 1. Etage.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 80 M ,
für Versammlungsanzeigen 10 M pro Zeile.

Lohnbewegung.

Platzsperrn sind verhängt in **Gelsenkirchen** über Gösling's Platz und Bauten und über Luth's Geschäft in **Dulmke**, in **Rowawes** über Schönebeck's Platz und Bauten.

In **Flensburg** sind die Einheimischen noch nicht alle wieder in Arbeit.

Die Innungskrankenkassen.

Als anfangs der achtziger Jahre die „Sozialreform“ mit so großem Tamtam in Deutschland eingeleitet wurde und schließlich die kreisenden Berge das Mäuslein Arbeiterversicherung gebaren, da sorgte man von Seiten der Gesetzgebung auch für die großen und kleinen Handwerker dadurch, daß man ihnen die Innungsgefesse gab. Daß dabei der Glaube obgewaltet hätte, als könnten die Innungen irgendwie helfen, ist kaum denkbar; wir sind vielmehr geneigt, anzunehmen, daß man den Innungsschwärmern die Innungsgefesse nur gegeben hat, weil sie dieselben einmal verlangten und weil dieselben den Kapitalisten in keiner Weise Abbruch thun können. Damit nun die Innungen nicht ganz und gar ohne materiellen Gehalt sein sollten, gestattete man, daß durch sie die großen und kleinen Handwerker sich die **Unkosten der Arbeiterversicherung vom Hause schaffen** könnten. Man gab den Innungen vor Allem das Recht, Innungskrankenkassen errichten zu dürfen, und zwang die Arbeiter, welche das zweifelhafte Glück hatten, bei einem Innungsmeister zu arbeiten, eventuell deren Krankenkassen anzugehören.

Zu den **Unkosten** dieser Krankenkassen sollten zwar auch, wie bei den Ortskassen, die Arbeitgeber ein Drittel und die versicherten Arbeiter zwei Drittel steuern, aber es waltete doch ein sehr großer Unterschied ob. Der Einfluß der Arbeitgeber in den Innungskrankenkassen war weit größer als in den Ortskassen. Sie benutzten ihren Einfluß zunächst dazu, die Leistungen der Kassen über das gesetzliche Minimum nicht hinausschnellen zu lassen. Dadurch blieben auch die Beiträge recht minimale. Wir haben es erlebt, daß in einem Orte die Arbeitgeber 15 M pro Woche und Arbeiter an die Ortskasse zu zahlen hatten, wohingegen an die Innungskasse nur 9 M pro Woche und Arbeiter geleistet wurden. Einmal waren die Leistungen der beiden Kassen annähernd so verschieden, wie die Beiträge; außerdem sorgten die Innungsmeister auch bei der Auswahl ihrer Leute dafür, daß die Krankenkasse möglichst unbelastet blieb.

Leisteten die Innungskrankenkassen schon an und für sich recht wenig, um niedrige Beiträge zu ermöglichen, so versuchten die Innungsmeister noch dadurch ihre Beiträge wieder zurückzubekommen, daß sie alle Posten der Kasse, wo es nur anging, selbst besetzten. Und dann wurden diese „Ehrenposten“ gewöhnlich durch „Verzückung der baaren Auslagen und Entschädigung für Versäumnisse“ usw. so gut honorirt, daß auf diese Weise oftmals mehr als ein Drittel der Beiträge an die Innungsmeister zurückfloß.

Die Vortheile dieser Art Kassen für die Arbeitgeber waren in die Augen springend. Wenn sie nicht eine so rasche Ausdehnung nahmen, als man nach Lage der Sache vermuthen konnte, so lag das einmal an der Beschränktheit in den Handwerkerkreisen, und ferner spielte der Umstand eine große Rolle, daß nur immer eine Anzahl Innungsmitglieder, die mit der Gesamtheit der Mitglieder einer Innung selbstredend nicht identisch sein konnte, die fetten Pfründen bezog, welche die „Ehrenposten“ einbrachten. Der Neid ist auch in Handwerkerkreisen ein Faktor! In kleinen Innungen half man sich über diese Kalamitäten damit hinweg, daß der Obermeister ab und zu ein Fest gab, wo der Raub dann in Form von Abendessen usw. getheilt wurde unter den nothleidenden Handwerkern.

Die regsamsten Elemente der Innungen, die naturgemäß auch die größte Aussicht auf die Pfründen abwerfenden Posten hatten, agitirten eifrig für die Innungskrankenkassen, und zwar mit Erfolg. Die Entwidlung derselben veranschaulichen nachstehende Zahlen, die wir der amtlichen Statistik entnehmen. In Deutschland bestanden:

	1891	1896	Zunahme in Prozenten
Krankenkassen insgesamt ..	21498	22111	2,7
Mitglieder derselben bezw. versicherte Arbeiter	6879921	7844820	13,4
Innungskrankenkassen	467	566	17,4
Mitglieder derselben bezw. versicherte Arbeiter	78064	132081	40,8

Die Innungskrankenkassen waren, wie wir sehen, in schnellem Zunehmen begriffen. In einigen Gewerben gab man sich schon der Hoffnung hin, diese Bewegung werde in ihrer Folge dazu führen, jeden Einfluß der Arbeiter auf die Praxis der Unfallversicherung unmöglich zu machen. — Bekanntlich wird die Arbeitervertretung bei den Unfallschiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt, mit Ausschluß der freien Hilfskassen, von den Vorständen der Krankenkassen gewählt.

Durch diese recht schlaue aber nicht lobenswerthe Rechnung hat das neue Handwerkergefesse einen dicken Strich gemacht. Den Innungsmeistern sind mit einem Schläge die Innungskrankenkassen vererbt worden. In dem neuen Handwerkergefesse § 90 sind diese Kassen den Ortskrankenkassen gleich geregelt. Es ergeben sich gegen früher recht bemerkenswerthe Unterschiede.

Der alte § 100 a gestand den Innungen das Recht zu, Krankenkassen zu errichten. Den Arbeitern war im Gefesse eine Scheinvertretung eingeräumt. Den Innungsbrüdern stand es frei, inwieweit sie die Arbeiter bei der Verwaltung betheiligen wollten, und sie haben, wie wir wissen, diese Betheiligung so ziemlich allgemein ganz ausgemerzt. Die Verwaltung lag thatsächlich allerwärts in den Händen des Innungsvorstandes, wie jetzt in Innungskreisen selbst zugegeben wird; Statutenänderungen unterlagen der Innungsversammlung, wo kein Arbeiter etwas dreinzureden hatte. Jetzt wird das Krankenkassenstatut einer Innung zwar auch von der Innungsversammlung als Nebenstatut festgesetzt, hierbei sind aber schon die Arbeiter — wenn sie für vernünftige Gesellenausschüsse sorgen — betheiligt. Die fernereren Statutenänderungen der Krankenkasse unterliegen nicht mehr der Innung als solcher, sondern der Krankenkassenversammlung. Die Verwaltung der Kasse muß nach Maßgabe der Beiträge zusammengesetzt werden. Zahlen die Arbeitgeber nur ein Drittel der Beiträge, dann können sie auch nur auf ein Drittel der Vorstandsposten Anspruch erheben. Und ebenso verhält es sich in den Krankenkassenversammlungen. Auch hier haben die Arbeitgeber nur auf ein Drittel der Stimmen Anspruch.

Eine Ausnahme von dieser Regel ist den Innungsbrüdern nur unter der Bedingung gestattet, daß sie, anstatt ein Drittel der Beiträge, die Hälfte derselben leisten. In diesem Falle haben sie auf die Hälfte der Vorstandsposten Anspruch und außerdem stellen sie dann den Vorsitzenden. In jedem Falle muß jedoch der Vorstand der Krankenkasse ein anderer sein als der Vorstand der Innung. Auch in den Krankenkassenversammlungen haben dann die Arbeitgeber das Verfügungsrecht über die Hälfte der Stimmen.

Der Bauwerkerverein der sächsischen Innungsmeister beschloß daher auf seiner vorjährigen Generalversammlung, allerwärts die Hälfte der Krankenkassenbeiträge zu leisten, damit sich die Arbeitgeber auf diese Weise „ihr Recht“ wahren. Aber die Sache hat doch ihren Haken. Auch unter diesen Verhältnissen sind der Willkür der Innungsbrüder verhältnismäßig scharfe Bügel angelegt. Wenn sich die Arbeiter nur immer

möglichst zahlreich an den Krankenkassenversammlungen betheiligen, dann geht es schon. Die schamlose Ausbeutung der Kasse durch die Innungsbrüder wird dann ohne Weiteres verschwinden.

Uebrigens versauern noch einige andere Bestimmungen den guten Appetit der Innungsbrüder. Wenn die Beiträge in Höhe von $4\frac{1}{2}$ pSt. der durchschnittlichen Tageslöhne noch nicht ausreichen, die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse zu begleichen, dann muß die Innungskasse Zuschüsse leisten. Und das ist recht sauer! Die Wortführer der baugewerblichen Innungsmeister meinen auch, „dieser Fall kann sehr leicht eintreten“. Sie legen ihren Leuten deshalb „die Erwägung nahe, ob sie nicht lieber auf den Fortbestand der Innungskrankenkasse verzichten“ und schlagen vor, die Mitglieder und das gesammelte Vermögen den Ortskassen zu überweisen. Wir glauben es den guten Leuten gern, „die Innungskrankenkasse verliert den Reiz, welchen sie bisher für die Innung gehabt hat“. Wir erblicken darin die gute Seite des sonst sehr überflüssigen neuen Handwerkergefesses.

Da wir uns einmal mit der Innungsbewegung beschäftigen, wollen wir noch bemerken, daß dieselbe sehr geringe Fortschritte macht, seitdem sich die organisirten Arbeiter einmüthig dafür erklärt haben, sich an den Gesellenausschüßwahlen zu betheiligen. Diese Entscheidung war von vornherein so ziemlich klar. Die ganze Innung hat für die Ausbeuter nur dann Werth, wenn sie in erster Linie als Mittel zu verwenden ist gegen die Arbeiter. Nun sollen diese aber mitthaten und -rathen und das behagt den Herren Ausbeutern selbstverständlich nicht. Unferthalben können sie ruhig auf ihre Innungen verzichten. Wenn dieselben gar nicht bestehen resp. zum guten Theil eingehen, dann fällt auch ihre schädliche Wirkung dahin. Diese sollte unter allen Umständen vereitelt werden, deshalb empfehlen wir die Betheiligung. Und wir können auch jetzt nur immer ermahnen, allerwärts recht wacker auf dem Posten zu sein. Wo eine Innung sich auf den Boden des neuen Handwerkergefesses stellt, da muß auch die ganze Kraft eingesetzt werden, damit ein vernünftiger Gesellenausschüß zu Stande kommt.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Nachdem nunmehr in den vier letzten Nummern des „Zimmerer“ die unten benannten Zahlstellen regelmäßig, jedoch leider ohne Erfolg, aufgefordert wurden, den Fragebogen zwecks Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an uns einzusenden, so sehen wir uns jetzt veranlaßt, einmal an die Mitglieder der betreffenden Zahlstellen zu appelliren, daß sie ihren Vorständen resp. Vertrauensmann an seine Pflicht erinnern. Vielleicht wirkt dies etwas besser.

Bautzen, Brounberg, Borna, Coburg, Crummstadt, Driesen, Dieburg, Eppelheim, Frankfurt a. M., Freising, Hameln, Heidelberg, Helmstedt, Hölz, Herford, Kreuzburg, Linden, Lübben, Mügeln, Mühlheim a. d. H., Naumburg, Neustadt i. M., Obergünz, Osabrück, Pankow, Plauen i. Voigtl., Queßlinburg, Reichenbach, Rothenlee, Schwarzwalb, Steinbach i. T., Tilsit, Weimar, Weinheim, Wittensberge, Zeitz.

Der Verbands-Vorstand.

An die Zahlstellenbeamten!

Diese Nummer des „Zimmerer“ ist für mehrere Zahlstellen reduziert worden, da die Zahl der bisher bezogenen Exemplare mit der Zahlung der Mitglieder laut den eingesandten Quartalsabrechnungen in recht ungleichem Verhältnisse steht.

Lebensmittelpreise im Dezember 1898 und Januar 1899. Die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel im Kleinhandel nach offiziellen Markthallenberichten (in Mark pro Kilo) und der gesammte wöchentliche Familienbedarf an Nahrungsmitteln werden von Dr. Jastrow in „Der Arbeitsmarkt“ für die genannten zwei Monate wie nachstehend zusammengestellt:

Table with 12 columns: Städte, Rindfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Reis, Bohnen, Erbsen, Weizenmehl, Backpflanzen, Kartoffeln, Brot, Butter, Familienbedarf pro Woche. Rows list cities like Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Braunschweig, Stuttgart, München with prices for Dec and Jan.

Mit Ausnahme von Braunschweig und München sind die Kosten des Familienbedarfs allerdings recht unbedeutend gesunken. Die Fleischpreise sind stabil geblieben.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Tarifierkennungen im Buchdruckgewerbe. Im Buchdruckgewerbe besteht bekanntlich für ganz Deutschland die Tarifgemeinschaft, das heißt, zwischen der Vereinigung der Prinzipale und der Vereinigung der Gehülften sind für ganz Deutschland die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt.

Table with 4 columns: Kreis, Orte, Firmen, Gehülften. Rows I-IX with counts for various regions.

54 Firmen beschäftigten nur zeitweise Gehülften. Von 539 Firmen ist die Gehülftenzahl noch nicht ermittelt. Bei solch' schönen Erfolgen in der Tariffache — schreibt der Correspondent — steht zu hoffen, daß auch die nächsten Jahre der Gültigkeitdauer des Tarifes dazu führen werden, den Tarif immer mehr zum allgemeinen Lohngesetze zu machen.

Der Bäckerstreik von Hamburg-Altona-Wandsbek ist eine Broschüre betitelt, die im Verlag von O. Ullmann in Hamburg, Bergstraße 17, I., erschienen ist. (Preis 20 M.) Darin wird allmählich der große Hamburger Bäckerstreik im vergangenen Jahre geschildert.

Wir haben gesehen, daß theilweise mangelnde Erfahrung unserer jungen, bisher ganz von der Außenwelt abgeschlossenen Kollegen weiteren energischen Schritten, die in unserem Interesse während des Streiks dringend notwendig waren, in stumpfem Einbrüten oder bei unmäßigem Spiel hindernd im Wege standen und haben alle Ursache, bildend auf die Kollegen einzuwirken, um sie zu tüchtigen, organisierten Arbeitern zu erziehen, die auch voll und ganz den Werth und die Notwendigkeit eines solchen Kampfes erkennen und sich kampfsreudig jeder Arbeit hingeben, die eine solche Bewegung von jedem Einzelnen erfordert!

Dieser Kampf hat uns auch ferner gelehrt, daß wir allein, auf unsere leider immer noch zu schwache Organisation angewiesen, den Kampf nicht siegreich durchzuführen konnten, wir brauchten die Hilfe der Arbeitererschaft, wir mußten den Brothockort haben zur Durchführung unserer Forderungen.

Der Streik hat, wie die Broschüre angiebt, eine erhebliche Anzahl von Strafsachen zur Folge gehabt, die zum Theil noch nicht erledigt sind. Wegen Mithigung und Bedrohung wurden zwei Arbeiter zu drei Monaten Gefängnis, einer wegen öffentlicher Beleidigung zu vier Wochen, einer wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Dazu kommen Bestrafungen wegen groben Unfugs, begangen durch Postenstelen, und etwa ein halbes Duzend noch unerledigte Strafsachen.

Die Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten ist eine sehr kräftigste Angelegenheit. Die Feinde der Arbeiterbewegung nehmen sie immer als Angelpunkt; um so lieber, da ihre sehr durchsichtigen Argumente in der Arbeiterbewegung selbst sehr oft Nachbeter finden. Um so verständiger ist die Ansicht, welche die Naumann'sche „Hilfe“ zu der Sache äußert, sie schreibt: „Einigermaßen günstig stehen noch die Sirchs-Dunder'schen Gewerkschaftsbeamten da. Dort beziehen die Beamten in der Regel nicht nur auskömmliche Gehälter, sondern man diskutiert jetzt auch schon über ihre Pensionsberechtigung. Man diskutiert über sie, aber man hat sie noch nicht. Schlimmer steht es mit den Beamten der Gewerkschaften. Ihr Gehalt kann wohl durch-

gehends als vollgültiges Aequivalent für ihren Arbeitsaufwand nicht angesehen werden. Es bewegt sich in der Regel zwischen M. 1800 und M. 2000 jährlich. Bedenkt man, daß diese Summe für Großstädte wie Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. usw. üblich ist und daß die Anforderungen an die Arbeitskraft der Beamten so hochgehende sind, daß keinerlei Nebenverdienst mehr möglich ist, so wird man eine solche Entlohnung keineswegs für ausreichend halten. Solche Verhältnisse sind aber nicht nur unwürdig, sie sind auch im höchsten Grade unpraktisch. Intelligente Arbeiter werden gar oft ihre Arbeitskraft lieber in ihrem Beruf verwerten als an die Berufsorganisationen verkaufen. Dort verdienen sie nicht nur mehr Geld, sondern sie sind auch unabhängiger als hier, wo sie nur zu oft unter den unbilligen Ansprüchen ihrer Vereinsgenossen zu leiden haben. So kommt es, daß so viele mittelmäßig Beurlaubte in Beamtenstellungen sind, wo sie natürlich auch nur mittelmäßige Leistungen aufweisen können. Dieser Krebsgeschaden macht sich wohl an stärksten bei den „Arbeitervereinigungen“ geltend. Dort ist es ganz durchgängig Regel, daß alle Vereinsarbeit ehrenamtlich gethan wird und höchstens Barauslagen vergütet oder kleine „Remunerationen“ gegeben werden. Natürlich leidet die peinliche Korrektheit, die nun einmal alle wirksame Vereinsarbeit erfordert, auf's Schlimmste unter diesen unhaltbaren Zuständen. Darum sollen alle unabhängigen Freunde einer kräftigen Entfaltung unserer deutschen Arbeiterbewegung immer wieder auf diesen wunden Punkt aufmerksam machen und an ihrem Theil mitwirken, daß die deutschen Arbeiter aus ihrer Pfennigknäuelerei den eigenen Beamten gegenüber herauskämen, so verständlich natürlich diese falsche Sparhamkeit sonst auch sein mag.“

„Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter“. Vor etwa mehr als Jahresfrist erschien von Bruno Börsch eine Broschüre, betitelt: „Woran krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung?“ Wir haben dieselbe in Nr. 6 des „Zimmerer“ vorigen Jahres besprochen und hatten die Absicht, die Besprechung fortzusetzen, indessen mußte, wie so mancher andere Vorsatz, auch dieser unaußgeführt bleiben, weil andere Arbeiten dies notwendig machten. Wir hatten indessen bereits in dem erschienenen Artikel darauf hingewiesen, daß wir in der Broschüre eine Kritik vermiszten, die sich mit den Bestrebungen der geschorenen und getheilten Pfaffen beschäftigt, so weit diese Bestrebungen dahin gehen, Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Ferner vermiszten wir auch die politische Seite der Frage. Börsch hat nun diese Materie in einem Artikel der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Soweit sich der Sinn der Ausführungen durch Zitate wiederzugeben läßt, ist er in den hier folgenden enthaltene. Börsch schreibt:

„Das wahre Ziel der gewerkschaftlichen Organisation ist in der Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung zu suchen. Das sind die Gründe, welche zu der Bildung der englischen Trades-Unions führten. ... Deshalb müssen die gewerkschaftlichen Organisationen, sind sie gewillt, ihre Aufgabe zu erfüllen, nach der Gewinnung der Masse streben, und dieses Ziel werden sie nur dann erreichen, wenn sie parteipolitische Bestrebungen aus ihrem Wirkungskreise möglichst ausschliefen. Sie haben genau so vorzugehen, wie das Unternehmerrthum. Dieses fragt bei seinen Vereinigungen — Syndikaten, Aktiengesellschaften, beruflichen Organisationen etc. — fast nie nach der parteipolitischen und religiösen Stellung der einzelnen Mitglieder, sondern nur wirtschaftliche Ziele halten sie zusammen. ... Doch damit ist noch lange nicht gesagt, daß sich die Gewerkschaften der Arbeiter überhaupt nicht mit politischen Fragen zu beschäftigen haben, daß sie gänzlich unpolitisch sein müßten. Im Gegentheil, sie werden wohl immer eine ganze Reihe von politischen Dingen zu behandeln haben. Eine gewerkschaftliche Bewegung, welche die Erörterung jeder politischen Frage ausschließt, ist wohl überhaupt nicht gut denkbar, und vor allem nicht in Deutschland. Ueberall dorten, wo die Gewerkschaften noch um ihre Existenz kämpfen müssen, wie z. B. bei uns, werden sie einmal schon gezwungen sein, sich mit der Frage der Vereinsgesetzgebung und mit ihrer rechtlichen Stellung zu beschäftigen. Doch braucht diese Erörterung noch lange keinen parteipolitischen Charakter anzunehmen. Bekanntlich giebt es mehrere Parteien, welche in vielen Fällen die bezüglichen Interessen der Organisationen vertreten. Welche Gründe sie zu dieser Stellungnahme veranlassen, ist Nebensache, hier kommt nur ihr Wollen in Frage.

Wie sollen sich nun noch die gewerkschaftlichen Organisationen zur Religion stellen? Sie dürfen sich mit religiösen Fragen nicht befassen. In Berlin haben freireligiöse Führer in letzter Zeit versucht, ihre Agitation in die Gewerkschaften hinein zu tragen; das mag für diese sehr bequem sein, für die Organisationen ist es schädlich. Dadurch werden die Gläubigen verlegt und so Elemente abgestoßen, die man zur Durchführung der gewerk-

tschaftlichen Aufgaben notwendig braucht. Die gekürrerte Ansicht: man müsse der Masse den Glauben an das Jenseits entziehen, erst dann werde sie sich organisieren, ist irrig, sonst könnte unmöglich das religiöse England solch starke Berufsvereinigungen — Schöpfungen des brutalen Egoismus, wie W. Sombart sagt — zu verzeichnen haben.

„Aus allen diesen Gründen müssen die gewerkschaftlichen Organisationen die Erörterung parteipolitischer und religiöser Dinge aus rein taktischen Gründen möglichst unterlassen, wollen sie ihre heutige Schwäche beseitigen und eine Macht gegenüber dem Unternehmerrthum werden.“

In einem darauf in der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel äußert sich R. Kautsky zu der Sache; wir geben daraus das Nachstehende wieder: Kautsky schreibt:

„Genosse Börsch bezeichnet das wahre Ziel der gewerkschaftlichen Organisation die Wahrung und Verbesserung der beruflichen-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung. Damit ist aber offenbar die Charakteristik der Gewerkschaften nicht erschöpft. Wir müssen hinzufügen, daß die Gewerkschaft ihr Ziel zu erreichen sucht durch eine demokratische Organisation und durch den Kampf gegen die Kapitalisten des Berufes, den sie vertritt. Der letztere Punkt ist es, der sie von der Sozialdemokratie unterscheidet. Auch diese sucht die Wahrung der Interessen der Arbeiter schon in der gegenwärtigen Gesellschaft, nicht bloß im Zukunftsstaate. Aber sie ist die Vertreterin der Gesamtinteressen der Arbeiterklasse und kämpft als solche gegen die gesammte Kapitalistenklasse, also auch gegen das kapitalistische System. Damit erhält ihr Kampf ein Ziel über die gegenwärtige Gesellschaft hinaus. Die Gewerkschaft kämpft bloß gegen einzelne Individuen oder Gruppen von Kapitalisten. Dadurch sind ihre Ziele auf den Rahmen der bestehenden Gesellschaft beschränkt. Aber gleich der Sozialdemokratie hat auch sie die Aufgabe des Kampfes gegen das Kapital. ...“

Die deutschen Gewerkschaften wurden nach dem Muster der englischen gebildet. Wenn trotzdem die ersteren eine parteipolitische Färbung erhielten, welche die letzteren nicht haben, so liegt das nicht an der deutschen Sozialdemokratie, sondern an ihren Gegnern. Die Stellung des deutschen Bürgerthums zu der Arbeiterbewegung ist eine ganz andere als die des englischen. Dieses hat sich mit der Gewerkschaftsbewegung abgefunden. Sie gilt heute als eine der Institutionen, auf denen Englands Größe und Wohlfaht beruht. ... In Deutschland stehen alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme der Gewerkschaftsbewegung feindselig gegenüber. Die bürgerliche Wissenschaft, die einen weiteren Blick hat, möchte allerdings das englische Gewerkschaftswesen nach Deutschland verpflanzen sehen, als Mittel, dem Sozialismus den Garau zu machen, aber die Entwicklung vollzieht sich nicht nach der Schablone, und den Professoren, Sozialpolitikern und Ethikern ist es bisher noch nicht gelungen, englische Freiheit, englische Bourgeoisie und englische Wirtschaftspolitik nach Deutschland zu importieren. Sie trösten sich damit, daß Deutschland eben rückständig sei; die Entwicklung werde uns schon englische Zustände und damit das Absterben des Sozialismus bringen. Vorläufig aber geht die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Die großindustriellen Theile Deutschlands sind diejenigen, in denen die Bourgeoisie den Gewerkschaften am feindseligsten gegenübersteht. Sachen gilt nicht als derjenige Theil des Deutschen Reiches, der der englischen Demokratie am nächsten ist. Die wachsende Gewerkschaftsfreundlichkeit der professoralen Bücher und Zeitungen bereift nicht das Wachstum der gewerkschaftlichen Sympathien in der Bourgeoisie Deutschlands, sondern die wachsende Ohnmacht der bürgerlichen Wissenschaft, die vergeblich als getreuer Eckart ihre Warnungsrufe ertönen läßt.

Jede selbstständige Arbeiterbewegung ist den bürgerlichen Parteien Deutschlands ein Greuel, und nur in den Waffen, mit denen sie sie bekämpfen wollen, unterscheiden sie sich. Die Konservativen, die brutalsten und unwissendsten von allen, rufen nach Gewaltmaßregeln, um den Arbeiterorganisationen ein Ende zu machen. Die mehr demokratischen Parteien, Freisinnige, Zentrum, Christlichsoziale, die des Anhangs der Arbeiter bedürfen, müssen sich dazu verstehen, die Arbeiterbewegung zu dulden, aber nur als notwendiges Uebel. Sie wissen, daß die Organisation der Arbeitererschaft nicht mehr zu vermeiden ist, aber zum Mindesten wollen sie keine selbstständigen Organisationen. Jede selbstständige Arbeiterbewegung, mögen ihre Ziele auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung liegen, ist ihnen sozialdemokratisch. Selbstständige Gewerkschaften sind ihnen sozialdemokratische Gewerkschaften, und darum setzen sie diesen von ihnen behormundete Scheingewerkschaften entgegen, die, soweit sie Kampfsorganisationen, Organisationen des Kampfes nicht gegen das Kapital, sondern gegen die selbstständige Arbeiterbewegung sind. In England kann ein Arbeiter gleichzeitig ein eingetragener Konservativer oder Liberaler und ein wackerer Gewerkschafter sein; in Deutschland ist dies unmöglich. Ein „Eingetragener“, „patriotischer“, „christlicher“ oder „freisinniger“ Arbeiter wird gegen Niemanden mehr gehetzt, als gegen seine von den bürgerlichen Parteien unabhängigen Kollegen und ihre Gewerkschaften. Will man diesen Arbeiter für die Gewerkschaft gewinnen, so muß man ihn vor Allem der Partei abwendig machen, der er angehört.

Nicht die Parteipolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaftspolitik der nichtsozialdemokratischen Parteien bewirkt es, daß die Gewerkschaften nur einen Theil der Arbeitererschaft umfassen, die der gewerkschaftlichen Organisation zugänglich wäre.“

Zur Bauarbeiterbewegung in Böhmen. Die Saison moorte, die gegenwärtig im Baugewerbe herrscht, hat, wie es scheint, den böhmischen Bauarbeitern Zeit und Gelegenheit gegeben, erstlich an die gewerkschaftlichen Arbeiten heranzutreten. Die jungen Fachorganisationen, die in Böhmen nicht aus separierten Berufsgruppen bestehen, sondern durchweg alle zum Baufache gehörigen Branchen gemeinschaftlich umfassen — haben im verfloffenen Frühjahr durch die in verschiedenen größeren Provinzstädten stattgefundenen und mit theilweisem Erfolge abendeten Lohnkämpfe anscheinend die Feuerprobe bestanden, und die Vorbereitungen, die gegenwärtig von den organisierten Fachkollegen des industriell entwickelten Nordwestböhmens getroffen werden, lassen mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, daß das kommende Frühjahr nicht so ganz ruhig verlaufen dürfte. Ein in einer Reihe von Organisationsversammlungen und Fachkonferenzen durchberathenes Memorandum, das den Unternehmern überreicht werden wird, setzt die berechtigten Forderungen der bisher nur allzu bescheidenen Arbeiterkategorie folgendermaßen klar auseinander:

